

17. 12. 1917

216

## Die „unveränderten“ Kriegsziele Englands.

In der City ist man von den Vorgängen in Rußland gar nicht mehr erbaut. Da hatte man eine Revolution in die Wege geleitet, den widerhaarig gewordenen verbündeten Zaren vom Throne gestoßen und die neuen Machthaber mit lauten Fanfaren begrüßt — und nun muß man die schmerzliche Entdeckung machen, daß die über den Sturz des Selbstherrschers zur Selbstherrlichkeit gefommenen demokratischen Kräfte Rußlands gar nicht so wollen, wie man an der Themse will. Einstweilen hält die Petersburger Regierung bei der Formel: zu einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung bereit. Bedeutet schon diese Plattform für die Londoner Versöhnungspolitik eine arge Verlegenheit, so ist sie doch eine Geringsfügigkeit neben der dahinter lauenden Gefahr, daß in Rußland die Unlust, an dem Londoner Geheimvertrag der Zarenregierung festzuhalten, immer weiter um sich greife und schließlich dem Sonderfriedensgedanken die Bahn frei mache.

Nun läßt man in London alle Register werten, um das dräuende Geipenst zu beschwören. Eine Anfrage im Unterhause, wie sich die Regierung zur russischen Friedensformel stelle, bot je einem maßgebenden Sprecher der gegenwärtigen und der verflochtenen Regierung, Cecil und Asquith, Gelegenheit, die neuen russischen Machthaber förmlich händelnd zum Festhalten an den Kriegszielen, die England meint und braucht, zu mahnen. Von Lord Robert Cecil erfährt man da zunächst zum so und so vielen Male, daß die bekannten Kriegsziele Englands nach wie vor unverändert fortbestehen. Aus der Liste der britischen Kriegsziele, wie sie am übersichtlichsten in der Verbandsantwort an Wilson aufgezählt sind, macht er einige namhaft, so die Wegnahme der deutschen Kolonien in Afrika, die Abtrennung Armeniens und Syriens von der Türkei, die Erfüllung der Prozentansprüche auf südbösterreichische Gebiete, die Vörsicherung Elsaß-Lothringens von Deutschland, Entschädigungen für die vernichteten Handelsschiffe, für Serbien, Belgien und Nordfrankreich. Lauter Dinge, an denen man im neuen Rußland, das auf eine Angliederung Armeniens bereits verzichtet hat, gar nicht oder nur sehr mäßig interessiert ist. Was übrigens die Entschädigungsfrage für Belgien und Nordfrankreich betrifft, so hat sich Cecil leider darüber völlig ausgeglichen, ob die Briten selber geneigt seien, ihre Bundesgenossen für die furchtbaren Vermüstungen jener Gebiete durch die britische Kriegführung schadlos zu halten. Wie könnte man Kriegsgegnern etwas zumuten, was nicht einmal der eigene Verbündete zu tun bereit ist.

Aber ungleich bemerkenswerter ist die feierliche Loslösung Cecils von den bisherigen „idealen“ und „moralischen“ Kriegszielen Englands. Lord Robert Cecil gibt endlich die Worte preis, Handlungen der Gerechtigkeit und der Wiederherstellung, sagt er, seien kein Kriegsgrund. Bisher las man es anders. Bisher sagte man unsinniger, England sei ausschließlich solcher Motive wegen in den Krieg getreten. Die Heuchelei lohnt sich augenscheinlich nicht mehr. Cecil stellt dann noch einen Grundsatz auf, der die größte Beachtung verdient. Er erklärt sich dagegen, daß Ziele, die durch den Krieg bereits erreicht worden seien, daß „Früchte wirtschaftlicher Errungenschaften“ wieder im Stiche gelassen werden. Das ist ein Faustschlag ins Gesicht aller Verbündeten Englands. Dieser Grundsatz ermöglicht es den Briten, alle ihre Errungenschaften während des Krieges, also vor allem die Kolonien, zu behalten, gut als alles preis, was die Verbündeten Englands verloren haben. In dem Augenblicke, da Cecil seiner Sorglosen Lauf läßt, daß die neue russische Regierung mög-

licherweise den vom Zaren mit den Westmächten geschlossenen Vertrag abändern und ihn dadurch außer Kraft setzen werde, gibt er zu verstehen, daß auch England ohne Rücksicht auf seine Verbündeten nur mehr an sich zu denken entschlossen sei. Der Vierbund der Mittelmächte dürfte gegen die Anwendung des neuen Cecilischen Grundsatzes schwerlich viel einzubringen haben.

Nach Cecil erhob sich Asquith, mit Grey der Vater der englischen Kriegspolitik, um die neuen russischen Machthaber wenigstens für eine Umdeutung ihrer Friedensformel zu gewinnen. So wie schon Vandervelde zum Verbandsgebrauch das verpönte Wort „Annexionen“ durch „Desannexionen“ ersetzt hat, in der Hoffnung, mit diesem Feigenblatt die erwachte Moral der Russen zu beschwichtigen, so suchte Asquith auf seine Weise den Russen die Notwendigkeit von Annexionen einzureden. Aber wie seinem Vorredner stößt auch Asquith das Mißgeschick zu, daß man seine drei Grundsätze, mit denen er die Mittelmächte zu treffen wähnt, viel lohnender auf England und seine Verbündeten anwenden kann. „Befreiung unterjochter Völker“, „Vereinigung künstlich getrennter Völker“ und drittens „Gebietsübertragung zur Sicherung gegen Angriffe und zur Erlangung strategischer Stellungen“ — ja wenn ein Friede auf solcher Grundlage den Briten recht ist, der Vierbund der Mittelmächte könnte sich eine schönere Nichtigstellung der Länderkarte gar nicht wünschen. Das britische Weltreich würde dabei allerdings unter die Räder geraten . . . .

## Cecil und Asquith über die britischen Kriegsziele.

London, 16. Mai.

Im Unterhause kam ein von den sozialistischen und zwei liberalen Mitgliedern eingebrachter Antrag, die Ablehnung aller imperialistischen Eroberungs- und Vergrößerungsbestrebungen durch Rußland zu begrüßen und die britische Regierung aufzufordern, eine ähnliche Erklärung abzugeben und gemeinsam mit den Alliierten ihre Friedensbedingungen im Einklang mit der russischen Erklärung neu festzusetzen, in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über die konsolidierte Schuld zur Besprechung.

Lord Robert Cecil erinnerte an die Erklärungen der Regierung über die Kriegsziele und sagte, daß sie heute noch eben so unverändert seien. Auf die Frage, ob die mit der früheren russischen Regierung abgeschlossenen Verträge noch bindend seien, sagte Cecil, das sei der Fall, solange sie nicht von der neuen russischen Regierung geändert würden. Bei der Besprechung der Frage nach Annexionen fragte Cecil, ob Snowden und seine Freunde den Vorschlag machen wollten, daß die Eingehorenen der früheren deutschen Kolonien in Afrika der deutschen Herrschaft zurückgegeben werden und daß Armenien und Syrien weiter unter türkischer Herrschaft bleiben sollen. Er wies auf Elsaß-Lothringen, die italienische Prozedenta und Polen hin und sagte, wenn auch Handlungen der Gerechtigkeit und der „Wiederherstellung“ nicht wohl ein geeigneter Kriegsgrund seien, es dennoch etwas ganz anderes sei, wenn diese Ziele durch einen Krieg erreicht (?) worden seien, zu verlangen, die Früchte dieser wünschenswerten Errungenschaften im Stiche zu lassen. Mit Bezug auf die Kriegsentschädigung sagte Lord Cecil: Soll es für Belgien, Serbien und Nordfrankreich keine Entschädigungen geben, keinen Ersatz für die Vernichtung friedlicher Handelsschiffe? In der Rede des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg hat ein Hinweis darauf gefehlt, daß Deutschland bereit sei, anzugeben, welche Friedensbedingungen es annehmen würde. Wir sind entschlossen, einen Frieden nicht anzunehmen, der kein Friede sein würde. Der Friede, den wir annehmen, muß ein gerechter und dauernder sein.

Asquith sprach die Ueberzeugung aus, die vorläufige russische Regierung werde Annexionen in folgendem Sinne annehmen:

Erstens zur „Befreiung unterjochter Völker“; zweitens zur „Vereinigung künstlich getrennter Völker“ und

drittens zur Uebertragung von Gebieten zwecks Erlangung strategischer Stellungen, die der Krieg als notwendig zur Sicherung gegen ständige Angriffslust erwiesen hat. Er glaube, die Erklärung der russischen Regierung gegen Annexionen beziehe sich auf Eroberungen zum Zwecke der Ausdehnung eines Landes und zur politischen und wirtschaftlichen Machtverteilung, und Annexionen in diesem Sinne würde keiner der Alliierten durchzuführen oder zu rechtfertigen bereit sein. Die früheren Erklärungen der Alliierten über die Friedensbedingungen seien von der „zivilisierten Welt“ als bedeutungsvoll für die zukünftige Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen angenommen worden und ein Friede auf dieser Grundlage würde der einzige sein, der die gebrachten Opfer rechtfertigen würde.